

## **Vorwort**

Die Möglichkeiten zur Beeinflussung von Entscheidungen im Rat der Stadt Sankt Augustin durch Sach-Argumente und BürgerInnen-Beteiligung sind weitestgehend verloren gegangen. Entscheidungen werden nur noch vom inneren Zirkel der CDU und Bürgermeister Schumacher getroffen - geduldet von der CDU-Fraktion als reiner Abstimmungsgehilfin und unterstützt von der FDP-Fraktion.

Andererseits hat sich abseits dieses Machtzirkels eine Politisierung in der Sankt Augustiner Bevölkerung entwickelt, maßgeblich herbeigeführt durch die Kontroversen über das **Cross-Border-Leasing** und den Flächennutzungsplan – darin besonders die Themen <Maisfeld-Bebauung> und <Klosterpark-Bebauung>.

Dabei haben Sankt Augustiner BürgerInnen erkannt:

- Die CDU und ihr Bürgermeister schalten und walten nach Gutdünken, weil sie die Stadt als Verfügungsmasse für politische Experimente und Klientel-Politik sehen.
- Statt Sachorientierung bestimmen parteipolitische Interessen und ideologische Einäugigkeit das Handeln der CDU und ihres Bürgermeisters.
- Mit kostenträchtigen Fehlentscheidungen und haushaltspolitischer Phantasielosigkeit haben die CDU und ihr Bürgermeister abgewirtschaftet.

Deshalb ist es höchste Zeit, die Herrschaft von CDU, Bürgermeister Schumacher und deren Steigbügelhalterin FDP zu beenden. Nur wird dies der jetzigen Opposition ohne eine breite Mobilisierung der BürgerInnen nicht gelingen.

In dieser Überzeugung und mit dem Ziel, die BürgerInnen zu politischem Handeln zu aktivieren und zur Wahl zu motivieren, haben sich Menschen in einer Freien WählerInneninitiative namens **Aufbruch Sankt Augustin** (<Aufbruch>) zusammengefunden. **Ihr Ziel ist die aktive kritische BürgerInnen-Gesellschaft, die ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nimmt.**

Wir als <Aufbruch> verstehen unsere Initiative als ...

- ein zukunftsorientiertes **BürgerInnenprojekt**
- zur **Erneuerung der Kommunalpolitik**
- zur **Abkehr von Parteien-Verdrossenheit und Politik-Frust.**

## **Grundsätze**

### **Parteiunabhängigkeit**

Der <Aufbruch> ist **politisch unabhängig**, also unabhängig von politischen Parteien und anderen Gruppierungen. Grundlage unseres politischen Handelns ist konstruktive Diskussion und gemeinsame Meinungsbildung. Unsere Entscheidungen sind an der Sache orientiert und folgen ausschließlich unserem Gewissen, so wie es im Grundgesetz vorgesehen ist. Disziplinierung Einzelner durch Fraktionszwang lehnen wir ab.

Der <Aufbruch> ist offen für alle Menschen, die sich diesen Grundlagen verpflichtet fühlen und sich für unsere Stadt engagieren wollen ...

- für Stärkung der direkten Demokratie,
- für stärkere Nutzung von Einwohnerfragestunde, Bürger-Information, Bürgerinitiative, Bürger-Begehren und Bürger-Entscheid,

- für Stärkung von Ehrenamt, Eigenleistung, Eigeninitiative und Selbstverantwortung,
- für ein Zusammenleben in Frieden, Respekt und Solidarität - ohne Ansehen von Herkunft, Hautfarbe, Nationalität, Religion, Geschlecht und sexueller Orientierung.

### **Politik der klaren Prioritäten**

Der **<Aufbruch>** verfolgt den Zweck, in der Stadt Sankt Augustin und im Rat der Stadt an die Auflösung derzeit vorhandener Macht-Konzentrationen zu Wege zu bringen, um die Politik zu sachgerechten Entscheidungen unter aktiver Beteiligung und im Interesse der BürgerInnen zurück zu führen. Unsere Prioritäten sind klar:

- BürgerInnen-Wohl vor Partei-Interessen
- BürgerInnen-Beteiligung vor Parteien-Klüngel
- BürgerInnen-Vertretung vor Partei-Karriere
- Gemein-Nutz vor persönlichem Profit

### **Kommunalpolitik als Herausforderung**

Für den **<Aufbruch>** hat Kommunalpolitik stets zu berücksichtigen, dass sich das Leben der Menschen vorrangig in „ihrer“ Kommune abspielt. Dort haben sie ihre individuellen, gesellschaftlichen und kulturellen Wurzeln und Beziehungen. Deshalb richtet der **<Aufbruch>** das Haupt-Augenmerk auf die Frage, was dem Interesse der BürgerInnen und der zukunftsweisenden Fortentwicklung der Stadt dient. Denn nur solche Entscheidungen finden Akzeptanz und haben dauerhaften Bestand, die die Zustimmung der Betroffenen, also der BürgerInnen, finden.

### **Stärkung und Ausbau der direkten Demokratie**

Der **<Aufbruch>** will mit seinem Engagement ...

- die Selbstverantwortung, Selbstorganisation und Selbstentscheidung der BürgerInnen sichern und ausweiten,
- eine deutliche Demokratisierung und BürgerInnen-Orientierung der politischen Entscheidungsprozesse erreichen,
- die Stadtverwaltung als Dienstleisterin für die BürgerInnen-Kommune verpflichten.

Der **<Aufbruch>** will, dass die direkte Demokratie so leicht wie möglich wird. Das bedeutet für uns vor allem:

- einfache und kostengünstige Verfahren für kommunale Bürgerbegehren und Bürgerentscheide<sup>\*)</sup>,
- kein Ausschlusskatalog für kommunale direkte Demokratie<sup>\*)</sup>,
- niedrige Beteiligungs- und Zustimmung-Quoren.<sup>\*)</sup>

---

<sup>\*)</sup> Dies kann zwar nicht auf kommunaler Ebene beschlossen werden, aber der Stadtrat und die / der BürgermeisterIn sollen sich für entsprechende Veränderungen in den zuständigen politischen Gremien stark machen.

## **Transparenz und BürgerInnen-Beteiligung ...**

### **... im Stadtrat:**

Der **<Aufbruch>** will die bisherige Abschottung der parlamentarischen Beratungen und Entscheidungen von den BürgerInnen überwinden. Nur so wird es auch möglich sein, dass sich die gewählten VertreterInnen aus der Abhängigkeit von der Verwaltung lösen können.

### **... in der Verwaltung:**

Kommunal-Verwaltung muss effektiv, leistungsfähig und bürgerfreundlich sein. Der **<Aufbruch>** versteht die Verwaltung als Dienstleisterin der BürgerInnen. Das Verwaltungshandeln ist deshalb systematisch in Richtung auf Transparenz, BürgerInnen-Freundlichkeit und BürgerInnen-Beteiligung zu entwickeln. Wo möglich, von den BürgerInnen gewünscht und in Eigeninitiative getragen, sind die Voraussetzungen für die Einrichtung von BürgerInnenbüros in den Stadtteilen zu schaffen.

Das alles bedeutet für uns vor allem:

- bewusste Herbeiführung von BürgerInnen-Entscheiden durch den Stadtrat in solchen Fragen, die einen großen Teil der Bürgerschaft oder alle BürgerInnen betreffen;
- umfassende Öffnung politischer Entscheidungs-, Umsetzungs- und Kontrollprozesse für bürgerschaftliche Mitwirkung und Mitbestimmung;
- enge und partnerschaftliche Zusammenarbeit mit bürgerschaftlichen Interessengruppen und Selbstverwaltungsformen (BürgerInneninitiativen, Nachbarschaftsinitiativen, Selbsthilfegruppen);
- Herstellung von Transparenz der politischen Debatten zur Entscheidungsvorbereitung sowie in Verwaltungsangelegenheiten;
- regelmäßige Durchführung von Beratungen mit den BürgerInnen, ergebnisoffene Dialoge und moderne Beteiligungsformen;
- echte Beteiligung der BürgerInnen an der Aufstellung des städtischen Haushaltes („Bürgerhaushalt“);
- Schaffung förderlicher Bedingungen für bürgerschaftliche Selbstorganisation und Selbstverantwortung (einschließlich bürgerschaftlicher Trägerschaften für öffentliche Leistungen);
- Kulturwandel in der Verwaltung, damit Anliegen und Vorschläge der BürgerInnen nicht als lästige Einmischung in das Verwaltungshandeln verunglimpft, sondern als Beitrag zur Gestaltung willkommen geheißen werden.

In diesem Zusammenhang setzt sich der **<Aufbruch>** dafür ein, dass der Verwaltungsapparat personell entschlackt wird. Dieses Sparziel soll jedoch zugunsten einer am Aufgabenbestand und an Zukunftsaufgaben orientierten Personalpolitik begrenzt werden. Die Verwaltung soll unter aktiver Einbeziehung der Beschäftigten, ihrer gewerkschaftlichen und ihrer gesetzlichen Interessenvertretungen bürgerorientiert geleitet werden. Dabei soll das ehrenamtliche Engagement der BürgerInnen eine deutliche Aufwertung erfahren. Aktive BürgerInnenbeteiligung vor, während und nach den Entscheidungen ist oberster Grundsatz.

---

## Gemeindefinanzen

Der **<Aufbruch>** sieht in den Gemeinden und ihrer Selbstverwaltung die Basis unserer demokratischen Gesellschaftsordnung. Autonomie und tatsächliche Handlungsfähigkeit der Gemeinde muss im Rahmen der föderativen Aufgabenverteilung gestärkt werden. Viele BürgerInnen sind auf eine gut funktionierende Infrastruktur angewiesen (u.a.: öffentliches Verkehrsangebot, ausreichendes Gesundheitssystem, soziale und familienergänzende Einrichtungen, Freizeiteinrichtungen). Für diese Aufgaben reicht die kommunale Finanzausstattung notorisch nicht aus.

Die finanzielle Krise der Stadt Sankt Augustin ist z.T. hausgemacht, indem die Stadt in „fetteren Jahren“ über ihre Verhältnisse gelebt hat und sich für die heutigen „mageren Jahre“ große Folgelasten aufgebürdet hat (Beispiel: Bürgerhäuser und überdimensionierte Straßen). Die Krise ist auch dem großen Sanierungsbedarf im Gebäude-Bestand geschuldet. Sie ist zudem extern verursacht, nämlich durch die hohen Sozialhilfelasten, aber auch durch ständige Aufgabenverlagerungen von Bund und Land auf die Kommunen ohne entsprechende Finanz-Zuweisungen an die Städte und Gemeinden. Denn seit Jahren werden in Düsseldorf und Berlin Gesetze beschlossen, die hohe zusätzliche Kosten für die Gemeinden verursachen. Angesichts dieser Situation fordert der **<Aufbruch>** vor Ort die verstärkte Inangriffnahme und Fortführung der Gemeindefinanzreform unter Beachtung von:

- Wirtschaftlichkeit,
- BürgerInnenorientierung,
- Motivation und Beteiligung der MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung.

Darüber hinaus fordert der **<Aufbruch>**, dass die Stadt ihre politischen Einflussmöglichkeiten auf Landes- und Bundesebene dafür nutzt, die Auseinandersetzung um die Gemeindefinanzreform in Richtung auf die Konkretisierung folgender Kriterien fortzuentwickeln:

- Die Einnahmen müssen entsprechend der wachsenden Ausgaben-Belastung der kommunalen Haushalte angeglichen werden.
- „Die Ausgaben und die Aufgaben müssen wieder zueinander finden.“ (Johannes Rau)
- Die beständigen kommunalen Ausgabe-Verpflichtungen erfordern eine verlässliche Einnahme-Entwicklung.
- Die Gemeinde-Autonomie muss gestärkt werden (eigenes Hebesatzrecht).

Es muss eine klare Kostenzurechnung erfolgen, Leistung und Gegenleistung müssen für die BürgerInnen transparent sein.

## Haushaltspolitik

Der **<Aufbruch>** fordert eine solide, nachhaltige Haushaltspolitik. Nur solche Maßnahmen sind zu veranschlagen, die nach seriösen Methoden finanziert werden können und nachhaltig sind. Im Umgang mit dem Geld der BürgerInnen lehnen wir jede Form von Taschenspieler- und Spieltisch-Mentalität (wie z.B. Cross-Border-Leasing) ab. Deshalb ist auch das Finanzierungsinstrument namens ÖPP (Öffentlich-Private Partnerschaft) nur mit größter Vorsicht anzuwenden, denn es verlagert finanzielle Lasten in die Zukunft und kann dazu verführen, Ausgaben zu tätigen, die die Finanzlage der Stadt eigentlich verbietet. ÖPP-Projekte müssen am Gemeinwohl orientiert sein. Dafür ist die notwendige Bedingung, dass die Stadt stets Herrin des Verfahrens bleibt.

Die Veranschlagungspraxis im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt sowie die Investitionspolitik sollen an den realistischen finanziellen Möglichkeiten der Stadt ausgerichtet werden und die verlässliche Basis für eine **nachhaltige Entwicklung** der Stadt bilden.

Der **<Aufbruch>** lehnt Kürzungen nach dem Rasenmäherprinzip im Bereich der sogenannten „freiwilligen Leistungen“ ab. Gerade in diesem Bereich handelt es sich vielfach um solche Leistungen, die den Schwächsten unseres Gemeinwesens zu Gute kommen und die wesentlich zur Lebensqualität in unserer Stadt beitragen. Zudem provozieren Kürzungen im „freiwilligen Bereich“ häufig verstärkte Ausgaben in anderen Bereichen und sind insofern ein Nullsummen-Spiel.

Wir fordern deshalb zur Erhaltung und Verbesserung der städtischen Finanzspielräume und zur Verbesserung des Finanzgebarens ...

- eine umfassende Aufgaben- und Haushaltskritik;
- Einsparpotentiale da zu erschließen, wo sie verkräftbar sind, z.B. bei den oft überflüssigen Gutachterkosten (meist reicht der Sachverstand der städtischen MitarbeiterInnen vollkommen aus);
- seriöse Einnahmenverbesserungen zu nutzen, z.B. durch die strikte Anwendung eines städtischen Inkasso-Managements;
- Mittelverschwendung, z.B. für die Anbahnung von unseriösen Geldbeschaffungsmaßnahmen (siehe Cross-Border-Leasing) zu unterbinden;
- die BürgerInnen an der Aufstellung des Haushaltes beratend zu beteiligen.

Der **<Aufbruch>** wird sich dafür einsetzen, die Belastung der Einwohner durch Gebühren angemessen zu gestalten.

## **Familien, Kinder, Jugend, Bildung und Kultur**

Der **<Aufbruch>** setzt sich für eine familienfreundliche und bedarfsgerechte Versorgung mit Kinder-Betreuungsmöglichkeiten, den Ausbau der Ganztags-Betreuungsangebote sowie generell für den Ausbau der Infrastruktur für Kinder und Jugendliche ein:

- Zur Vermeidung von Vernachlässigung von Kindern und Gewalt gegen Kinder soll ein System der vorbeugenden Frühprävention - wie in Dormagen praktiziert - eingerichtet werden. Dazu ist der Personalbestand im Bereich Jugendhilfe angemessen aufzustocken.
- Bei der Verwirklichung des Konzepts der „offenen Ganztagschule“ haben (sozial-)pädagogische Aspekte und die Sicherung der Qualität der pädagogischen Angebote absoluten Vorrang vor den erhofften Einsparmöglichkeiten. Wir fordern verbindliche Qualitätsstandards in den pädagogischen Konzepten.
- Zur Ergänzung des gut ausgebauten gegliederte Schulsystem in unserer Stadt setzen wir uns für ein Gesamtschul-Angebot für Sankt-Augustiner Kinder ein, das in Kooperation mit Siegburg realisiert werden soll.
- Der **<Aufbruch>** fordert ein Sofortprogramm für erfolgreiches Lernen an den Sankt Augustiner Schulen. Hierzu gehört die systematische Ermittlung des Investitionsbedarfs, die Priorisierung der erforderlichen Maßnahmen sowie die Entwicklung eines verbindlichen Zeit- und Finanzierungsplans.
- Bei der Entwicklung und Verwirklichung des Schul-Aktionsprogramms sind von Beginn an die SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern sowie deren Vertretungen und Gremien aktiv einzubeziehen. Wir empfehlen auch für die Kindergärten und Tageseinrichtungen für Kinder in Sankt Augustin die Gründung eines Stadt-Elternrates.

Die Fachhochschule Rhein-Sieg (FH) als wesentlicher Bestandteil des Bildungsortes Sankt Augustin gibt wichtige Impulse für die Stadt. Es ist im Interesse Sankt Augustins die FH in ihrer Arbeit optimal zu unterstützen und ihre weitere Entwicklung zu fördern. Dazu gehört die Kooperation zwischen FH und Schulen sowie zwischen FH und gewerblicher Wirtschaft.

Der **<Aufbruch>** begrüßt ausdrücklich das StudentInnen-Wohnheim und die Kinder-Tagesstätte im Spichelsfeld, weil sie die Bindung von StudentInnen und Lehrpersonal der FH zur Stadt stärken und unter anderem zur Belebung der zentralen Mitte der Stadt beitragen.

Bildung ist entscheidend für die Zuteilung von Lebenschancen und damit ein zentrales Element sozialer Gerechtigkeit. Deshalb ist die Einbeziehung bzw. Beteiligung junger Menschen in die sie betreffenden kommunalen Angelegenheiten zu sichern und auszubauen. Der Einfluss des städtischen Kinder- und Jugendparlaments auf die kommunalen Entscheidungen ist zu verstärken und durch geeignete Maßnahmen – z.B. die Einrichtung eines Jugendrates - zu intensivieren.

Der **<Aufbruch>** fordert die Sicherung und den Ausbau des breit gefächerten Kultur-Angebotes der Stadt Sankt Augustin – auch in Zeiten knapper Kassen. Deshalb streben wir die Etablierung eines Kulturpreises der Stadt Sankt Augustin an, die Förderung der Aufstellung weiterer Kunstwerke in der Stadt sowie das Bemühen um privates finanzielles Engagement.

Zur Förderung von Kultur, Bildung und Ausbildung halten wir eine mittel- und langfristig aufzubauende Bürgerstiftung für das geeignete Instrument.

### **Teilhabe verwirklichen - Gleichstellung durchsetzen - Selbstbestimmung ermöglichen**

Der **<Aufbruch>** tritt dafür ein, dass alle in Sankt Augustin lebenden Menschen die gleichen Rechte und Chancen zur aktiven Teilhabe an unserem städtischen Leben erhalten.

„**Alle sollen sich in Sankt Augustin wohl fühlen**“ – unter diesem Motto arbeitet vornehmlich die lokale Agenda-Arbeitsgruppe „Soziales“ aktiv an der Schaffung von Möglichkeiten zur Verbesserung des Verständnisses von Menschen unterschiedlicher Herkunft und zur Förderung der Integration der Sankt AugustinerInnen mit Migrationshintergrund. Der **<Aufbruch>** setzt sich für den systematischen Ausbau dieser Initiative und eine angemessene finanzielle und personelle Absicherung auf Dauer ein.

Als kommunale Aufgabe muss Integration als eine Einladung sein, die gegenseitige kulturelle Bereicherung anzunehmen. Der **<Aufbruch>** fordert die Stärkung und den Ausbau von geeigneten Maßnahmen zur Verminderung und Beseitigung von Integrationshindernissen für MigrantInnen, ihre Kinder und Familien, z.B.:

- regelmäßige interkulturelle Fort- und Weiterbildung der ErzieherInnen und LehrerInnen insbesondere auch zu Fragen des Konfliktmanagements und der Streitschlichtung / Mediation;
- gezielte Förderung der Mehrsprachigkeit bei allen Kindern bereits im Kindergarten und inner- und ausserhalb der Schule;
- Sprachunterricht für Eltern, z.B. als Projekt "Schule mal anders - Eltern lernen Deutsch" an den Sankt Augustiner Schulen.

**"Nichts über uns ohne uns"** - so der Grundsatz für das EU-Jahr der behinderten Menschen 2003. Für Deutschland wurde dieses Motto wie folgt formuliert:

- nicht ausgrenzende Fürsorge, sondern uneingeschränkte **Teilhabe**;
- nicht abwertendes Mitleid, sondern völlige **Gleichstellung**;

- nicht wohlmeinende Bevormundung, sondern Recht auf **Selbstbestimmung**.

Der **<Aufbruch>** wird für die Verwirklichung dieser Prinzipien in Sankt Augustin aktiv. Zuvor gehört hierzu die Gestaltung eines eigenständigen Teils des Stadtentwicklungskonzepts „**Barrierefreies Sankt Augustin**“.

Barrieren im öffentlichen Raum erschweren nicht nur Menschen mit Behinderungen das Leben. Dagegen bedeutet Barrierefreiheit die Zugänglichkeit und Benutzbarkeit von Gebäuden und Informationen für alle. Zugänglichkeit von Gebäuden – Rathaus, Arztpraxen, Geschäfte, Kultur-Einrichtungen, Veranstaltungsorte - und damit die uneingeschränkte Teilhabe am sozialen Leben, ist für alle Menschen wichtig. Darüber hinaus fordert Der **<Aufbruch>** die auf Dauer angelegte Zusammenarbeit mit den Interessenvertretungen und Organisationen der behinderten Menschen vor Ort und in der Region. Insbesondere sind die Behinderten-Beauftragten systematisch in alle Planungen der Stadt einzubeziehen. Die Stadtentwicklungsplanung ist an der „Deklaration von Madrid - “ des Europäischen Behindertenkongresses von 2002 sowie an der „Erklärung von Barcelona – Die Stadt und die Behinderten“ von 1995 als Querschnittsaufgabe zu orientieren bzw.entsprechend weiter zu entwickeln; insbesondere:

- Maßnahmen mit dem Ziel, dass die BürgerInnen mehr Verständnis für Menschen mit Behinderungen, ihre Rechte, Bedürfnisse sowie ihre Möglichkeiten der Teilhabe am Leben in der Gesellschaft entwickeln;
- Maßnahmen für behinderungsgerechtes Wohnen in Anlehnung an die persönliche und wirtschaftliche Situation der/des Betroffenen;
- Einrichtung regelmäßiger Fortbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten für die MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung, um ein bestmögliches Verständnis und Hilfestellung für Menschen mit Behinderungen zu gewährleisten;

### **Für eine bewusste kommunale SeniorInnen-Politik !**

Alt sein darf nicht bedeuten, ausgegrenzt zu sein – auch nicht in Sankt Augustin. Der **<Aufbruch>** nimmt die alten MitbürgerInnen sowohl mit ihren Kenntnissen und Fähigkeiten als auch mit ihren altersbedingten Problemen ernst und will mit ihnen gemeinsam die kommunale Umwelt gestalten. Der **<Aufbruch>** fordert:

- stärkere Berücksichtigung der Interessen älterer Menschen in allen Bereichen der Stadtplanung;
- dauerhafte finanzielle und personelle Sicherung des CLUB der Stadt Sankt Augustin und bedarfsgerechte Weiterentwicklung des Angebotes;
- Unterstützung von Selbsthilfegruppen und des ehrenamtlichen Engagements der Wohlfahrtsverbände vor Ort;
- Förderung alternativer Wohnformen für ältere Menschen;
- aktive Unterstützung des Engagements der Gewerkschaften und der Pflegeverbände für eine ausreichende Personalbesetzung in den Einrichtungen der stationären Altenhilfe;
- Nutzung aller politischen Einflussmöglichkeiten der Stadt für ein Ende der Rentenkürzungen und Maßnahmen zur Bekämpfung der Altersarmut.

## **Umwelt und AGENDA 21**

Der **<Aufbruch>** versteht den Umweltschutz und eine konsequente lokale Agenda-Politik als wesentliche Querschnittsaufgabe. Deswegen wird sich der **<Aufbruch>** der Belange des Umweltschutzes und der Agenda 21 besonders annehmen. Wir lehnen die Opferung ökologischer Vernunft zugunsten angeblich „höherer“ oder „übergeordneter“ Notwendigkeiten ab. Die lokale Agenda 21 soll bewusst auf alle Bereiche der künftigen Lebensweise mit dem Ziel der nachhaltigen Deckung der Grundbedürfnisse aller Menschen sowie der Verbesserung der Lebensqualität ausgedehnt werden. Dazu muss der abgebrochene Prozess der Lokalen Agenda 21 wiederbelebt werden.

Ziel des **<Aufbruch>** ist es, in den Bereichen ...

- Arbeit,
- Umwelt,
- Soziales,
- Kooperation in der einen Welt

ein verzahntes Maßnahmenprogramm zur nachhaltigen Entwicklung der Stadt Sankt Augustin zu verwirklichen.

Der **<Aufbruch>** fordert den Ausbau des lokalen Agenda-Prozesses hin zu einer aktiven Einbeziehung aller BürgerInnen sowie aller Vereine, Verbände, Kirchen und Interessengruppen.

### **Freiraum und Stadtplanung**

Angesichts der demographischen Entwicklung (kein Bevölkerungszuwachs bei Vergrößerung des Anteils alter Menschen) muss die Stadtplanung umsteuern von quantitativem Zuwachs des Wohnraumes auf qualitative Verbesserung der Wohn-Situation. Dazu gehört wesentlich die Bewahrung, Erreichbarkeit, Zugänglichkeit und Nutzbarkeit von Freiraum-Bereichen, insbesondere für ältere Menschen mit ihren spezifischen Bedürfnissen.

Beim Wohnraum ist festzustellen, dass erheblicher Neubau-Bedarf dadurch erzeugt wird, dass viele – besonders alleinstehende ältere Menschen – einen für ihren Bedarf viel zu großen Wohnraum nutzen. Eine Übersiedlung in Wohnraum angepasster Größe kann aber daran scheitern, dass von den Bewohnern die Wohnungsbeschaffung und der Umzug nicht bewältigt werden kann. Der **<Aufbruch>** strebt die Einrichtung einer Stelle <städtisches Wohnungsmanagement> an, die Hilfe bei der Lösung dieses Problems bietet. Die Kosten einer solchen Stelle werden durch die Einsparungen aufgewogen, die durch den Verzicht auf die Planung und Erschließung neuer Wohngebiete eingespart werden.

Angesichts der Entstehung der Stadt aus dem Zusammenschluss von sieben alten Dörfern um ein neues Zentrum soll die Individualität der Dorfbereiche bewahrt und in der Landschaft ablesbar bleiben (Grünkorridore). Andererseits muss Trennendes innerhalb der dörflichen Bereiche und innerhalb des Zentrums – wie die Stadtbahnlinie 66 - beseitigt bzw. überwunden werden (z.B. durch Tieferlegung).

### **Energie und Klimaschutz**

Das Klima zu schützen ist nicht nur eine globale Aufgabe, sondern, wie die hohe Zahl gesundheitlich belasteter Menschen in heißen Sommern zeigt, ein lokales Anliegen. Schonender Umgang mit Energie ist praktizierter Klimaschutz. Dabei muss die Stadt vorbildhaft vorgehen. Vordringliche Aufgaben sind die Reduzierung des Energie-Verbrauches in den städtischen Gebäuden und bei der Straßen-Beleuchtung sowie die auf sparsamen Energie-Verbrauch gerichtete Unterweisung des Personals. Daneben ist eine Solar-Nutzung möglichst vieler Dachflächen zur Erzeugung von Heizungswärme oder elektrischer Energie zu fördern. Die Stadt muss diese Ziele als vordringliche Ziele im Rahmen der sparsamen Haushaltsführung und im Sinne ihres lokalen Beitrages zum globalen Klimaschutz akzeptieren und zur Chefsache machen. Dafür tritt der **<Aufbruch>** mit Entschiedenheit ein.

## Wirtschaft

Besondere Aufmerksamkeit wird der **<Aufbruch>** der Wirtschaftsförderung widmen. In diesem Aufgabenfeld dürfen sich die Aktivitäten nicht in der Konzentration auf wenige visionenhaft dargestellte Projekte mit angeblicher „Eisbrecherfunktion“ erschöpfen. Der **<Aufbruch>** streitet für das Ende von Gefälligkeitspolitik für Einzelpersonen und gesellschaftliche Kräfte. Eine systematische Bestandspflege muss in Verbindung mit konkreter Werbung um Neuan-siedlung von Unternehmen ein nachweisbar planmäßiges Handeln der zuständigen Stellen ausmachen. Dabei soll dem Bemühen um eine vielschichtig gestaltete, breite Palette von mittelständischen Unternehmen Vorrang eingeräumt werden. Eine Orientierung an der städtischen Dachmarke „Wissensstadt<sup>PLUS</sup>“ ist anzustreben.

Eine Betätigung nach mehr oder weniger zufälligen Möglichkeiten und Gelegenheiten muss zukünftig ausgeschlossen sein. Keinesfalls darf sich die Wirtschaftsförderung darin erschöpfen, Grundstücksverkäufe zu tätigen

## Verkehr

Der **<Aufbruch>** tritt für eine Verkehrspolitik ein, die im Rahmen der Stadtentwicklungs- und Wirtschaftsplanung sowohl dem Grundsatz der Entlastung der städtischen Zentren von Belastung durch den Individualverkehr als auch deren Entwicklung als Mittelpunkt des öffentlichen Lebens und Handelns gerecht wird. Hierzu ist insbesondere die Fortentwicklung des städtischen Nahverkehrsplans und die Steigerung der Attraktivität des örtlichen Nahverkehrsnetzes erforderlich. Alle Stadtteile müssen – z.B. durch eine Ring-Buslinie - miteinander, mit dem Zentrum und mit dem künftigen S-Bahnhof Menden verbunden werden. Für den Stadtteil Buisdorf fordern wir einen eigenen Haltepunkt der S-Bahnlinie 12 samt Park-und-Ride Anlage. Die Teilhabe behinderter BürgerInnen an Mobilität ist zu gewährleisten, indem alle Haltestellen eine Einstiegsmöglichkeit für Behinderte / Rollstuhl-Abhängige bieten.

**SchülerInnen-Verkehr:** Die städtischen Schulen müssen jeweils aus allen Stadtteilen per Bus oder Bahn gut zu erreichen sein. Im Übrigen müssen die zu Fuß oder per Rad benutzten Schulwege gut beleuchtet sein (konkret: Beleuchtung der Pleistalstraße zwischen Schmerbroich und Niederpleis) und gegen Konflikte mit dem motorisierten Verkehr gesichert sein (konkret: Umfirmierung der Paul-Gerhard-Straße zur Fahrradstraße).

Mehr verkehrsfreie Wege und kleine Fußgängerzonen sind anzustreben, um mehr Fahrradverkehr anzuregen und die Lebensqualität insbesondere der Kinder und der älteren BürgerInnen zu erhöhen. Dem Radverkehr muss dieselbe Aufmerksamkeit in Hinsicht auf gut befahrbare und sichere Wege zugewendet werden, wie dem motorisierten Verkehr. Dazu müssen Barrieren, „Schikanen“ und Umwege im Radwege-Netz beseitigt und die Qualität der Fahrbahn-Oberflächen dem der Straßen für den motorisierten Verkehr angeglichen werden.

## Öffentliche Daseinsvorsorge

Der **<Aufbruch>** fordert die zukunftsorientierte Bereitstellung, Sicherung und Modernisierung von Gemeinwohlaufgaben in städtischer Verantwortung. Privatisierung als Instrument zur kurzfristigen Haushaltssanierung lehnen wir ab, denn Gemeinwohlaufgaben ...

- sind Rückgrat und Voraussetzung dafür, dass ein demokratisches und nachhaltig organisiertes Gemeinwesen existieren kann;
- zielen auf die Teilnahme aller Menschen am gesellschaftlichen Leben, indem sie Erziehungs- und Bildungschancen bieten, Kommunikation und Mobilität ermöglichen, Zugänge zu Gesundheitsdienstleistungen, zu Information und Kultur eröffnen. In diesem Sinne ist die Erfüllung von Gemeinwohlaufgaben eine wesentliche Voraussetzung für die Grundrechtsausübung und Teilhabe an der Gesellschaft;

- tragen zum Umweltschutz bei - durch Standards in der Abfall-Entsorgung, in der Trinkwasser-Versorgung, durch erneuerbare Energien und Energie-Effizienz, durch Ressourcen-Schonung im Verkehr.
- umfassen den Aufbau und Erhalt von Infrastrukturen, die das Wirtschaftsleben funktionsfähig erhalten, bei Energie und Post, Telekommunikation oder Abwasser.